

Protokoll Öffentliche Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Sozialwesen, Bildung, Kultur und Sport

Beginn: 19:00 Uhr	Ende: 20:20 Uhr
Ort:	Gemeindesaal, Eichhornstr. 4-5
Anwesende:	Hardy Pöschk, Detlef Bredow Wolfgang Krüger, Kerstin Rubenbauer Monika Kühn, Günter Schulz Frau Hinzpeter - HAL Frau Sperling – Protokoll
Gäste	Herr Randt – Seniorenpflege Randt Herr Ostländer – Vors. Finanzausschuss

TOP 1 – Begrüßung, Protokoll

Herr Pöschk begrüßt die Ausschussmitglieder. Das Protokoll der letzten Sitzung wird nachgereicht.

TOP 2 – Information der Hauptamtsleiterin

- Kita- Bedarfsplanung
Frau Hinzpeter informiert über den Termin bei Frau Stöwe vom Landkreis zur Bedarfsplanung. Hier wurde die Kapazitätsplanung des Fachamtes in Bestensee bestätigt – siehe Mitteilung im RIS aus 2018. Seitens des Landkreises wird ebenfalls von 100 Plätzen in den nächsten Jahren für die Gemeinde Bestensee ausgegangen. Daher steht fest, dass darüber nachgedacht werden muss, wie man den Bedarf an Krippen – und Kitaplätzen decken kann. Seitens des Fachamtes gibt es hierzu bereits Überlegungen – siehe Mitteilung im RIS vom 1. 3. 2019. In der nächsten Woche findet ein weiterer Termin mit einer Interessentin einer freien Trägerschaft statt. In diesem Fall gäbe es ein Gebäude, das bezugsfertig wäre. Diesen Termin noch abwartend, würde ich Sie auf dem Laufenden halten, so Frau Hinzpeter. Des Weiteren regt sie an, in den nächsten Wochen darüber nachzudenken, ob zusätzliche Kapazitäten im Vereinshaus geschaffen werden können. Ideen hierzu werden zurzeit seitens der Verwaltung abgeprüft. Diese Maßnahme könnte, so Frau Hinzpeter, schneller greifen als ein Kitaneubau.

Herr Schulz erkundigt sich nach der Personalsituation – bei wachsenden Kinderzahlen ist mehr Personal notwendig.

Sind die steigenden Personalkosten im Haushalt berücksichtigt? Fallen weitere Kosten an, die durch einen Nachtragshaushalt gedeckt werden müssen?

Hierzu äußert sich Herr Ostländer, zu Gast im Ausschuss.

Die Thematik der freien Trägerschaft und die damit verbundenen Problematiken wurden im Finanzausschuss am 12.2.2019 beraten. Herr Ostländer gibt die Ausführungen des Herrn Ludwig wider. Dieser hatte bei seinem Vortrag darauf hingewiesen, dass - sofern es darum geht, einem freien Träger die Aufgabe zu übergeben, dies bereits mit dem Bau der Kita beginnt. Der Investor, auch wenn er die Kita nicht selbst betreibt, baut diese im Auftrag. Hier gilt letztendlich bereits das Vergaberecht. Wenn man sich mit dem Kitabetrieb auseinandersetzt, ist zu beachten, dass die Bereitstellung von ausreichend Betreuungsplätzen für die Gemeinde Bestensee ein öffentlicher Auftrag ist – dieser kann mit entsprechenden Auflagen an einen möglichen freien Träger gekoppelt werden. Lässt man dem freien Träger freie Hand bei der Gestaltung der Anzahl von Kitaplätzen oder bei Erfüllung von Kitaaufgaben, gehen wir aus dem öffentlichen Auftrag im Sinne des Vergaberechts raus und kommen ins EU-Beihilferecht. Durch die neue Unterschwellenvergabeordnung liegt der Unterschwellenwert bei 750.0000 € netto - für Bau und Betrieb der Kita. Es muss eine europaweite Ausschreibung erfolgen. Es ist zu überlegen und zu prüfen, ob eine freie Trägerschaft sinnvoll ist.

Grundsätzlich begrüßt der Finanzausschuss die Diskussion über die bestehenden Möglichkeiten der Kapazitätsdeckung. Herr Ostländer kündigt an, Zuarbeiten hierzu an das Fachamt zu übergeben.

Hierzu entgegnet Frau Hinzpeter, das man natürlich an Betriebs – Sach – und Personalkosten denken muss. Aber egal wer eine Kita betreibt, so Frau Hinzpeter, diese Kosten bleiben gleich. Die Gemeinde ist involviert, sofern der freie Träger in den Bedarfsplan aufgenommen wird. Dies ist der 1. Schritt. Die Verwaltung prüft zurzeit, was in Frage kommen könnte, wenn es einen freien Träger gibt, der sich hier niederlassen und mit uns gemeinsam arbeiten möchte.

Frau Hinzpeter möchte sich nicht gegen die Aussagen des Herrn Ludwig wehren aber sie hat hier eine andere Meinung, die ebenfalls zurzeit geprüft wird. Hier steht das Kitagesetz im Vordergrund. Das Kitagesetz sagt ganz klar aus wer Träger einer Einrichtung und wer Leistungsverpflichteter ist. Die Gemeinde Bestensee arbeitet hier für den Landkreis.

Frau Hinzpeter weist darauf hin, dass geprüft werden muss, was notwendig ist, um eine freie Trägerschaft auf den Weg zu bringen. Wir reden hier über einen Zeitraum der nächsten 3 Jahre, so Frau Hinzpeter, in denen wir in der Lage sein müssen, Kapazitäten zu haben.

Frau Rubenbauer begrüßt zunächst den Schritt, den die Verwaltung jetzt einschlägt und über eine freie Trägerschaft nachdenkt. Sie findet es gut, dass Bestenseer Eltern eine Wahl haben. Sie hatte bereits in der Vergangenheit diesen Vorschlag gemacht.

Wenn es dann um die freie Trägerschaft einer Kita geht, so Frau Rubenbauer, wissen viele nicht, was diese bedeutet. Sie schlägt daher vor, ihren Mann, der seit 20 Jahren für einen freien Träger in KW arbeitet einzuladen.

Den Vorteil, den Frau Rubenbauer bei einem freien Träger sieht ist, dass dieser sein Personal selbst stellt. Hier entfällt die Verantwortung der Gemeinde. Die Gemeinde hat jedoch die Pflicht, das Objekt zur Verfügung zu stellen – ob Neubau oder ein vorhandenes Objekt, z. B. „Rote Schule“ und ist für die Betriebskosten etc. verantwortlich. Dies bedeutet für die Mitarbeiter im Amt ein Mehraufwand, da dann diese Betriebskosten mit dem freien Träger abgerechnet werden müssen.

Frau Rubenbauer würde aber zunächst den Termin von Frau Hinzpeter am kommenden Freitag abwarten, Frau Hinzpeter ihre Arbeit tun lassen, sich mit dem freien Träger ins Einvernehmen zu setzen.

Herr Pöschk bittet darum, dass das Fachamt den Ausschuss auf dem Laufenden hält und ruft dazu auf, über die Möglichkeit in der Waldstraße nachzudenken.

- Information zur Kapazitätserweiterung im Kinderdorf
Frau Hinzpeter verweist auf die Bemühungen der Verwaltung und des Fachamtes, schnell Kapazitäten zu schaffen um auf die vielen Kita-Anträge reagieren zu können. Daher wurde ein Antrag auf Kapazitätserweiterung für einen befristeten Zeitraum im Kinderdorf gestellt. Seitens des Ministeriums gab es einen abschlägiges Schreiben, woraufhin Herr Quasdorf reagierte und ein Schreiben an den Landrat gerichtet hat, in dem um Mithilfe gebeten wurde. Es geht um ca. 50 Kitaplätze, erhalten wir die Genehmigung nicht, werden wir aus heutiger Sicht ab Juni Kinder von berufstätigen Eltern nicht mehr versorgen können. Hier ist also Eile geboten dass sich der Landkreis beim Ministerium einsetzt und dieser eine befristete Kapazitätserweiterung bewilligt. Es gibt aktuell eine gültige Betriebserlaubnis im Kinderdorf für 242 Kinder.

TOP 3 – Interessenbekundung des Herrn Randt an der Alten Schule in Pätz

Herr Randt ist Geschäftsführer der Seniorenpflege Randt GmbH in der Friedenstraße. Er stellt zunächst sich und das Unternehmen mit seinen Leistungen vor. Herr Randt bekundet sein Interesse, die alte Schule in Pätz käuflich zu erwerben. Mit Hilfe eines Handouts präsentiert Herr Randt ein Konzept, wie sein Unternehmen die alte Schule in Pätz zukünftig nutzen möchte – siehe Anhang. Im Anschluss an die Präsentation nutzen die Ausschussmitglieder die Möglichkeit Fragen zum Projekt zu stellen.

Herr Pöschk fasst zusammen, dass der Ausschuss diesem Projekt wohlwollend gegenübersteht. Bezüglich der Erwerbsabsichten zum Grundstück empfiehlt er, dass sich Herr Randt bezüglich seines Vorhabens im Bauamt mit einem detaillierten Konzept vorstellt und einen offiziellen Antrag zum Erwerb des Grundstückes stellt.

Herr Ostländer bietet an, dass sich Herr Randt im nächsten Ortsbeirat noch einmal mit seinem Konzept vorstellt. Hier käme der 21.3. 2019 oder der 9.5. 2019 in Frage.

TOP 4 - Sonstiges

Herr Ostländer informiert über die gestrige Finanzausschusssitzung. Hier wurde das Schrobsdorffhaus thematisiert. Es wurde festgestellt, dass die Umsetzung der Maßnahme Sanierung/Umbau des Schrobsdorffhauses ins Stocken geraten ist. Der Architekt Peter Reiber wurde lediglich mit der Leistungsstufe 1 bis 4 beauftragt. Es fehlt die Bauausführungsplanung, der Architekt Reiber steht hierfür nicht mehr zur Verfügung. Darüber hinaus fehlt noch eine Fördermittelzusage in Höhe von 90.000 €. Bedingung für die Gewährung dieser FöMi ist das Vorhandensein einer genehmigten Bauausführungsplanung. Und anderer Informationen, die zurzeit nicht vorgelegt werden können. Im Finanzausschuss wurde festgelegt, dass eine Kurzstudie von 3 Architekten zum Festpreis von 1.500 € freihändig zu vergeben wird, um eine komplette Neubeauftragung der Entwurfs – und Genehmigungsplanung in Höhe von ca. 10.000 € zu vermeiden und daher die evtl. Nichtgewährung von Fördermitteln wegen zeitlicher Verzögerungen zu verhindern.

Des Weiteren informiert Herr Ostländer darüber, dass die Fraktion Plan Bestensee den Antrag eingebracht hat darüber nachzudenken, wie die Eltern von Kita, Schule und Hort in die Meinungsfindung der Gemeindevertretung einbezogen werden können. Es gibt den Vorschlag, einen Beirat zu gründen – wie dies zurzeit auf Landkreisebene ebenfalls gerade vollzogen wird. Herr Ostländer trägt dem Ausschuss die Bitte an, sich dieser Thematik zu widmen und zu diskutieren, auch darüber, welche anderen Wege man diesbezüglich gehen könnte.

Hier verweist Herr Pöschk darauf, dass es bereits zahlreiche Ausschüsse gibt, in denen die Eltern jederzeit Rede – und Mitspracherecht haben. Ebenso besteht die Möglichkeit der Eltern, an den öffentlichen Ausschusssitzungen teilzunehmen, Fragen zu stellen und Statements abzugeben. Dringende Probleme werden zeitnah mit den betreffenden Erzieherinnen geklärt. Der Ausschuss spricht sich mehrheitlich dafür aus, dass die Gründung eines weiteren Gremiums nicht notwendig ist.

Frau Rubenbauer schlägt daher vor, innerhalb des Ausschusses „den“ Ansprechpartner für Eltern zu benennen, der sich den Problemen und Belangen der Eltern annimmt, um auch nach Außen die Ansprechbarkeit des Ausschusses zu kommunizieren.

Herr Schulz informiert, dass die Fahrt anlässlich der Brandenburgischen Seniorenwoche vertraglich geklärt ist. Es konnten 3 Busse bei einem Reiseunternehmen und ein Fahrgastschiff in Potsdam gechartert werden.

Herr Pöschk bittet Herrn Schulz darum, den Antrag auf Zuschuss zum gastronomischen Bereich der Veranstaltung zur nächsten Sitzung zu formulieren und abzugeben.

Herr Pöschk erinnert an die Ausschusssitzung am 22.01.2019, als er allen anwesenden Ausschussmitgliedern ein von ihm erarbeiteten Entwurf für Förderrichtlinien zu Förderungsmöglichkeiten von Vereinen - gemäß des Antrags

5. März 2019

der Fraktion DIE LINKE/SPD - überreicht hatte mit der Bitte, Vorschläge und Ergänzungen bis zum 11.2.2019 einzureichen, um diese einarbeiten zu können. Ziel war, die Richtlinie in Abstimmung mit dem Kämmerer in der heutigen Sitzung zu diskutieren. Bis auf die Zuarbeit von Frau von der Lippe am gestrigen Abend wurden keine Zuarbeiten eingereicht. Daher war es nicht möglich, Ergänzungen und Vorschläge einzuarbeiten.

Herr Pöschk wiederholt seinen Aufruf zur Mitarbeit an den Förderrichtlinien bis zum 20.03.2019 und verteilt erneut seinen Entwurf aus der letzten Sitzung. Zur Ausschusssitzung am 16.4. 2019 sollte sich der Ausschuss einig sein, so dass die Förderrichtlinien der Gemeindevertretung vorgelegt werden können.

Die Sitzung wird um 20:20 Uhr beendet.

Das Protokoll führte Frau Sperling.

A handwritten signature in black ink, appearing to be 'H. Pöschk', written in a cursive style.

Hardy Pöschk

Ausschussvorsitzender